Österreich

PAUL LUIF

Die österreichische Integrationspolitik hat sich 1999/2000 einigermaßen dramatisch entwickelt. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 brachten noch einen Erfolg für die beiden Parteien der „Großen Koalition“, der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) und der konservativen Volkspartei (ÖVP) sowie eine Niederlage für die Freiheitliche Partei (FPÖ) des Rechtspopulisten Jörg Haider.¹ Die Nationalratswahlen sahen hingegen einen Durchbruch für die FPÖ. Die sehr schwierigen Regierungsverhandlungen führten schließlich zur Bildung einer ÖVP-FPÖ-Koalition, die scharfer Kritik von den übrigen vierzehn EU-Partnern ausgesetzt war. Diese Konstellation bestimmte weitgehend die innen- und außenpolitischen Elemente der österreichischen Integrationspolitik.

Die Nationalratswahlen vom 3. Oktober 1999

Der Wahlkampf zu den Nationalratswahlen war vorerst von sachpolitischen Auseinandersetzungen der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP geprägt. Dies ermöglichte der FPÖ, eine „diffuse Veränderungsstimmung“ aufzugreifen und ihr öffentliches Erscheinungsbild durch einen neuen Spitzenkandidaten (den Industriellen Thomas Prinzhorn; Parteiobmann Jörg Haider wollte Landeshauptmann von Kärnten bleiben) zu modifizieren.² In der ersten Septemberhälfte 1999 wurde durch die Publikation von Umfrageergebnissen, welche die FPÖ mit erheblichem Vorsprung vor die ÖVP plazierten, der Wahlkampf deutlich verändert. Mit Ausnahme des Ausländerthemas wurden sachpolitische Streitfragen zusehends in den Hintergrund gedrängt. Spekulationen über den Wahlausgang und mögliche Koalitionen nach den Wahlen traten immer mehr in den Vordergrund.

Als Reaktion auf die neue Situation änderte vor allem die ÖVP ihre Wahlkampfstrategie. ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel kündigte an, bei einem Abrutschen seiner Partei auf den dritten Platz in Opposition zu gehen und trat damit in eine direkte Konfrontation mit der FPÖ ein. Tatsächlich gelang es der ÖVP, einen deutlichen Anstieg an Zustimmung zu erzielen, ohne letztlich die FPÖ zu überholen.

Bei den Motiven für die Wahlentscheidung der FPÖ-Wähler (vgl. Tabelle; die FPÖ erreichte einen Vorsprung von 415 Stimmen vor der ÖVP) waren der Wunsch nach „frischem Wind“ und Veränderung sowie die Ablehnung der Großen Koalition die dominanten Themen. Es folgten die Ausländerpolitik, die Person Jörg Haiders und diverse Politikvorhaben der FPÖ. Ideologische Begründungen für die Wahl der FPÖ wurden nur von einem geringen Prozentsatz der FPÖ-Wähler angegeben.³

Ergebnisse der Nationalratswahlen im Vergleich

	Nationalratswahl 17.12.1995 (Wahlbeteiligung: 86,0%)		Nationalratswahl 3.10.1999 (Wahlbeteiligung: 80,4%)	
	%	Mandate	%	Mandate
SPÖ	38,1	71	33,2	65
FPÖ	21,9	41	26,9	52
ÖVP	28,3	52	26,9	52
Grüne	4,8	9	7,4	14
LIF	5,5	10	3,6	0

Die Zahlen für die Nationalratswahlen 1995 erhalten auch die Ergebnisse der Nachwahlen vom 13. Oktober 1996 in zwei Gemeinden, durch welche die ÖVP ein Mandat an die FPÖ verlor. Nicht einbezogen ist der Wechsel eines Abgeordneten des Liberalen Forums (LIF) zur FPÖ und das Ausscheiden eines FPÖ-Abgeordneten aus seinem Klub („wilder Abgeordneter“) während der Legislaturperiode 1995–1999.

Quelle: Österreichisches Innenministerium.

Die Ablehnung der Bildung einer Koalition mit der FPÖ durch die SPÖ und der „Oppositionsbeschluss“ der ÖVP ließen kaum Spielraum für eine Regierungsbildung.⁴ Bundespräsident Thomas Klestil ersuchte den SPÖ-Parteivorsitzenden und amtierenden Bundeskanzler Viktor Klima vorerst, die Möglichkeiten zu sondieren. Schließlich wurde Klima am 9. Dezember 1999 von Klestil formell mit der Regierungsbildung beauftragt. Kurze Zeit später revidierte die ÖVP ihren Beschluss und verhandelte mit der SPÖ über die Neuauflage einer Großen Koalition.

Trotz gravierender Meinungsunterschiede erzielten die Verhandlungsdelegationen am 17. Januar 2000 eine Einigung über ein Regierungsprogramm. Im letzten Moment ergaben sich jedoch zwei unüberbrückbar Streitpunkte: die Besetzung des Finanzministeriums (die ÖVP lehnte eine Weiterbestellung des bisherigen SPÖ-Finanzministers ab) und die Weigerung des Gewerkschaftsvertreters in der SPÖ-Verhandlungsdelegation, das Koalitionsabkommen zu unterzeichnen. Schließlich erklärte Viktor Klima am 21. Januar 2000 die Verhandlungen als gescheitert.

Daraufhin beauftragte der Bundespräsident Viktor Klima mit der Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Klima schloss bei seinen Bemühungen die Unterstützung einer solchen Regierung durch die FPÖ nicht aus und traf am 24. Januar 2000 mit Jörg Haider erstmals zu einem Vier-Augen-Gespräch zusammen. Der FPÖ-Obmann gab jedoch keine Zustimmung zu einer SPÖ-Minderheitsregierung.

Am folgenden Tag begannen, ohne formellen Auftrag des Bundespräsidenten, ÖVP und FPÖ mit Koalitionsverhandlungen. ÖVP-Parteibobmann Schüssel bestand darauf, die Funktion des Bundeskanzlers zu übernehmen. Jörg Haider erklärte, Landeshauptmann von Kärnten zu bleiben und keine Funktion in der Bundesregierung übernehmen zu wollen. Viktor Klima gab am 27. Januar 2000 offiziell dem Bundespräsidenten das Scheitern seiner Bemühungen bekannt.

Schon am 2. Februar 2000 konnte Wolfgang Schüssel dem Bundespräsidenten das Ergebnis der Verhandlungen mit der FPÖ vorlegen. Die ÖVP-FPÖ-Regierungsvereinbarung stützte sich in vielen Bereichen auf die Resultate der SPÖ-ÖVP-Gespräche. Aus Medienberichten ging deutlich hervor, dass Bundespräsident Klestil große Vorbehalte gegenüber der Bildung einer ÖVP-FPÖ-Koalition hatte.

Am 3. Februar akzeptierte der Bundespräsident dennoch die Bildung der Koalition, da sie über eine klare Mehrheit im Nationalrat verfügte.

Bundespräsident Klestil verpflichtete aber die beiden Parteiohleute Schüssel und Haider, zur Unterzeichnung einer von ihm vorgelegten Deklaration (der „Präambel“ zum Programm der Koalition). Schüssel und Haider bekräftigten darin die Achtung der demokratischen Grundwerte, die Unterstützung der europäischen Einigung (einschließlich der EU-Osterweiterung), die Verantwortung für die Vergangenheit sowie die Ablehnung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus.⁵ Außerdem verweigerte Klestil die Angelobung von zwei FPÖ-Regierungsmitgliedern, die sich „verbaler Entgleisung“ bzw. die Affichierung von fremdenfeindlichen Wahlplakaten zu verantworten hatten.

Die Reaktionen auf die ÖVP-FPÖ-Regierungsbildung

Der Grund der Befürchtungen und des Misstrauens gegenüber einer Beteiligung der FPÖ an der Regierung durch den Bundespräsidenten Klestil lag auch in den internationalen Reaktionen. In weiten Kreisen der EU-Mitgliedstaaten und insbesondere in den Medien wurde die FPÖ als „rechtsradikale“, „faschistische“ oder „neonazistische“ Partei angesehen.⁶ So bekundete am 27. Januar 2000 der französische Staatspräsident Chirac seinem Amtskollegen Klestil in einem Telefongespräch seine Besorgnis über die Einbindung der FPÖ in die Regierung. Auf der Holocaust-Konferenz in Stockholm, die am 28. Januar 2000 zu Ende ging, besprach Bundeskanzler Klima auch die Situation in Österreich mit seinen sozialdemokratischen Parteikollegen aus anderen europäischen Ländern.⁷ Schließlich erstellten die Staats- und Regierungschefs der 14 EU-Staaten (ohne Österreich) über das Wochenende 29./30. Januar 2000 eine Erklärung, welche die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft am Montag, 31. Januar 2000, veröffentlichte. Darin wurden folgende Maßnahmen gegenüber Österreich „für den Fall der Bildung einer Regierung in Österreich unter Einschluß der FPÖ“ angekündigt:

- Die Regierungen von vierzehn Mitgliedstaaten werden bilaterale offizielle Kontakte auf politischer Ebene mit einer österreichischen Regierung unter Einschluß der FPÖ weder akzeptieren noch fördern;
- eine Unterstützung für österreichische Kandidaten, die sich um Positionen in internationalen Organisationen bewerben, wird es nicht geben;
- österreichische Botschafter werden in den Hauptstädten der EU lediglich auf einer technischen Ebene empfangen.⁸

Am 3. Februar 2000 erklärte schließlich der portugiesische Ministerpräsident, dass mit Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung diese drei Maßnahmen von den EU-14 umgesetzt werden.⁹ Sie hatten ihre „abschreckende“ Wirkung verfehlt. Die eilige Entscheidungsfindung und rasche Umsetzung der Maßnahmen führte in den nordischen EU-Staaten zu Kritik der Parlamente (besonders von den Oppositionsparteien), deren Ausschüsse vor der Beschlussfassung nicht (wie rechtlich vorgesehen) informiert wurden.

Die bilateralen „Maßnahmen“ der vierzehn EU-Mitgliedstaaten waren vorder-

gründig nur gegen die österreichische Regierung gedacht. Aber sehr rasch wurden auch österreichische Staatsbürger davon betroffen. Beispielhaft sei dies an Belgien aufgezeigt. Louis Michel, Außenminister und besonders aktiv beim Zustandekommen des Beschlusses der EU-14, meinte schon am 2. Februar: „Je recommande aux Belges de ne pas aller skier en Autriche. Je pense que ce n'est pas moral.“¹⁰ Die Durchführung des kulturellen Arbeitsprogrammes 1997-2000 mit der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens wurde anfangs Februar 2000 ausgesetzt und im April 2000 nur teilweise wieder aufgenommen. Bei der Durchführung des kulturellen Arbeitsprogramms mit Flandern 1997-2000 werden keine neuen Aktivitäten gesetzt.¹¹ Die „Union des Taxis de Bruxelles“ beschloss, keine Österreicher zu befördern und niemanden zur oder von der österreichischen Botschaft in Brüssel zu transportieren.¹²

Das österreichische Außenministerium erstellte Listen der die österreichische Bevölkerung betreffenden Maßnahmen. Dabei stechen vor allem die Ausladung von österreichischen Schülern und die Probleme der Teilnahme österreichischer Forscher an (auch von der EU finanzierten) Forschungsprogrammen hervor. Ein führender österreichischer Doping-Experte wird mit Begründung der Maßnahmen der EU-14 im April 2000 als Vizepräsident der Anti-Monitoring-Group im Europarat abgewählt.¹³ Die anfänglich befürchteten negativen Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft, insbesondere den für Österreich wichtigen (Kongress-)Tourismus, erwiesen sich dann als nicht so dramatisch.¹⁴

Bei den Treffen des EU-Rates kam es nach dem In-Kraft-Setzen der Maßnahmen der EU-14 zu die österreichischen Vertreter „demütigenden“ Aktionen: Kein Händeschütteln mit den Österreichern; die Minister Belgiens und Frankreichs verlassen den Saal, wenn österreichische Minister sprechen; Minister tragen Aufkleber mit durchgestrichenem „Mascherl“ (österreichischer Ausdruck für Fliege, i.e. Hinweis auf Bundeskanzler Schüssel, der aber später statt Fliegen Krawatten trägt); kein Gruppenfoto mit den österreichischen Vertretern; usw.¹⁵ Diese kränkenden Verhaltensweisen wurden später weitgehend eingestellt.

Auch innenpolitisch kam die neue Regierung anfänglich unter massiven Druck; Demonstrationen begleiteten die Regierungsbildung. Am 19. Februar 2000 kam es zu einer der größten Demonstrationen, die je in Wien abgehalten wurden, als (je nach Quelle) 150.000 bis 300.000 Personen gegen die Regierungsbildung am Heldenplatz demonstrierten. Am 28. Februar 2000 kündigte Jörg Haider überraschend den Rücktritt als Obmann der FPÖ an. Trotz gegenteiliger Aussage schien der nationale und internationale Druck auf seine Person Wirkung gezeigt zu haben. Haider wollte sich auf sein Amt als Landeshauptmann von Kärnten konzentrieren und behielt sein Mandat im Ausschuss der Regionen der EU. Als Nachfolgerin für Haider wurde am Parteitag der FPÖ, 1. Mai 2000 in Klagenfurt, Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer gewählt. Tage zuvor wurde Alfred Gusenbauer zum neuen Vorsitzenden der SPÖ gewählt.

Besonders problematisch für die österreichische EU-Politik erwies sich die vielfache Weigerung der EU-Partner, in bilateralen Kontakten mit Österreich Dossiers zur Entscheidungsfindung vorzubereiten. Nachdem die österreichischen Vertreter

alle diese Maßnahmen eine Zeit lang ohne großen Protest ertrugen, regt sich ab Mitte März Widerstand. So forderte Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FPÖ) am 13. März 2000 bilaterale Informationen durch Deutschlands Finanzminister Eichel, bevor er der Nominierung von Horst Köhler zum Direktor des Internationalen Währungsfonds zustimmen könnte.¹⁶ Als insbesondere am Europäischen Rat in Lissabon, 23./24. März 2000, die Bemühungen von Bundeskanzler Schüssel um eine Beendigung der Maßnahmen der EU-14 nicht erfolgreich waren, änderte die österreichische Bundesregierung ihre Strategie durch energischeres Auftreten und deutlicheres Klagen gegen die „ungerechtfertigten Sanktionen“.

Der Schwenk der österreichischen Regierung hatte auch innenpolitische Gründe. Umfragen zeigten, dass die Österreicher die „Sanktionen“ als ungerechtfertigt ansahen und dafür wenig Verständnis aufbrachten. Die Mehrheit der Anhänger der Regierungsparteien, aber auch der SPÖ lehnten diese Maßnahmen empört ab. Nur bei den Grün-Wählern gab es eine erkennbare Mehrheit für die „Sanktionen“. Mitte Juni 2000 erklärten 45% der Österreicher, dass sich ihre Einstellung gegenüber der EU verschlechtert und nur bei 2% verbessert habe (bei 51% ist sie gleichgeblieben). Nur mehr 52% würden für einen EU-Beitritt stimmen (beim Referendum im Juni 1994 stimmten 66,6% für den Beitritt). 56% der Bevölkerung sprachen sich hingegen für eine härtere Gangart der Regierung gegen die Union aus.¹⁷

„Was sagen Sie zu den Sanktionen der 14 Mitgliedstaaten der EU gegen die ÖVP/FPÖ“ (Prozentwerte)

	„ich bin darüber empört“	„ich habe dafür Verständnis“	„sie lassen mich kalt“	weiß nicht/keine Angabe
<i>Gesamt</i>	66	24	7	3
SPÖ	53	37	7	3
FPÖ	84	5	10	0
ÖVP	82	10	6	2
Grüne	40	49	6	5
LIF	42	43	0	16

Quelle: Telefonumfrage Nr. A38 der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft, 17.-25.3.2000, N=998.

Im Januar 2000, während der Regierungsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP, überholten die Freiheitlichen in Meinungsumfragen die ÖVP deutlich und zogen mit der SPÖ gleich. Die ÖVP-FPÖ-Regierung veränderte die Anhängererschaft der Parteien erheblich; Anfang Juni 2000 präferierte auf die „Sonntagsfrage“ erstmals seit 14 Jahren wieder eine (relative) Mehrheit die ÖVP (32%), wohingegen die SPÖ auf 30% absank, auf die FPÖ nur 23% entfielen, die Grünen auf 13% anstiegen und das Liberale Forum nur 1% erhielt.¹⁸

Wegen der ÖVP-FPÖ-Regierungsbildung forderten christlich-soziale Parteien aus Frankreich, Belgien und Italien den Ausschluss der ÖVP aus der Europäischen Volkspartei (EVP). Daraufhin wurde mit Zustimmung der ÖVP ihre Mitgliedschaft in der EVP suspendiert. Anfang Juni bestätigten die Mitglieder der eingesetzten EVP-Untersuchungskommission, dass es in Österreich zu „keinen Beeinträchtigungen des demokratischen Systems“ gekommen sei. Daraufhin wurde am 6. Juni

2000 die ÖVP wieder zur vollen Mitarbeit in der EVP eingeladen.¹⁹

Unter den EU-14 Regierungen war die Findung eines Konsenses über die Beendigung der „Sanktionen“ schwieriger. Im Beschluss vom 31. Januar 2000 war weder eine inhaltliche Begründung der Maßnahmen, noch eine Bedingung für deren Beendigung vorgesehen. Die von manchen Staatsführern angegebene Voraussetzung für die Beendigung der Maßnahmen, nämlich das Ausscheiden der FPÖ aus der Regierung oder gar der Sturz der gesamten Regierung,²⁰ war kurz- und mittelfristig nicht zu erreichen. Im Gegenteil, die Maßnahmen hatten die Position der Regierung in Wien gefestigt, trotzdem diese viele unpopuläre Maßnahmen zur Sanierung des Bundeshaushaltes setzte.

Am 5. Mai 2000 beschloss die Bundesregierung einen „Aktionsplan“ zur Beendigung der EU-Sanktionen. Letzter der insgesamt 18 Punkte war die Durchführung einer Volksbefragung. Sie war für Herbst 2000 vorgesehen, falls die „Sanktionen“ nicht bis zum Ende der portugiesischen Präsidentschaft aufgehoben werden.²¹ Auf dem Europäischen Rat in Feira wurde die Bereitschaft Österreichs, von der Veto-Drohung bezüglich des Bankgeheimnisses abzugehen, als „quid pro quo“ für eine „Ausstiegsszenario“ angesehen.²² Nach längerem Tauziehen einigten sich die EU-14 am 27. Juni 2000 auf ein gemeinsames Papier. Darin wurde der Präsident des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes, der Schweizer Luzius Wildhaber, ersucht, drei Persönlichkeiten zu ernennen, die Österreich vor allem im „Hinblick auf die Rechte von Minderheiten, Flüchtlingen und Immigranten“ und die „Entwicklung des politischen Wesens der FPÖ“ überprüfen sollte.²³

Diese Vorgehensweise rief große Enttäuschung bei der Regierung hervor. Die reichlich unbestimmten Begriffe im Papier, aber vor allem das Fehlen einer zeitlichen Vorgabe wurden scharf kritisiert. In seiner Antwort auf das Ersuchen der EU-14 wies Präsident Wildhaber darauf hin, dass er den drei Persönlichkeiten empfehlen werde, „dass sie ihren Bericht so schnell wie überhaupt möglich abliefern sollen“.²⁴ Dies war aber der österreichischen Regierung zu wenig, Aussagen aus Paris wurden dahingehend gedeutet, dass Frankreich bis zum Ende seiner Präsidentschaft keine Maßnahmen zur Beendigung der „Sanktionen“ setzen werde. Am 4. Juli 2000 beschloss die österreichische Bundesregierung, vor allem unter Druck der FPÖ und ihres „einfachen Parteimitglieds“ Jörg Haider, im Herbst 2000 eine Volksbefragung durchzuführen, in der die österreichische Bevölkerung u.a. ihren Unmut über die „Sanktionen“ kundtun sollte. Der Zeitpunkt für die Volksbefragung (29. Oktober bzw. 26. November 2000) wurde so gelegt, dass ein vorheriger „Ausstieg“ aus den Maßnahmen der EU-14 zumindest möglich erschien.

Weitere österreichische EU-Themen

Die Dramatik im Zusammenhang mit den EU-14 „Sanktionen“ überschattete viele andere Bereiche der EU-Politik Österreichs. Der Europäische Gerichtshof befand im Urteil vom 28. Oktober 1999, dass Österreich bei der Vergabe von Aufträgen zum Neubau des niederösterreichischen Landhauses gegen EG-Richtlinien verstoßen hat. Mit Urteil vom 9. März 2000 wurde die österreichische Getränkesteuer mit

dem Gemeinschaftsrecht insoweit als nicht vereinbar angesehen, als davon alkoholische Getränke betroffen sind. Dieses zweite Urteil bedingte schwierige Verhandlungen zur Findung einer Ersatzlösung, denn die Getränkesteuer war eine wichtige Einnahmequelle für die österreichischen Gemeinden.

Schon seit Herbst 1999 stand Österreich unter Beobachtung der Kommission, da bei einer Fortschreibung des bisherigen Budgets mit einem Anstieg der Defizitquote auf 2,6% des BIP für das Jahr 2000 gerechnet werden müsste und Österreich damit Schlusslicht unter den Euro-Ländern werden würde.²⁵ Die neue Bundesregierung begann daraufhin mit einem drastischen Sparprogramm, welches das Defizit des Bundeshaushaltes bis 2003 auf Null reduzieren soll. Als eine der ersten Maßnahmen wurde ein Beschluss zur Anhebung des in Österreich besonders niedrigen Pensionsalters gefasst.

Bezüglich der laufenden Regierungskonferenz besteht die österreichische Bundesregierung darauf, daß jedes Land weiterhin mit einem Kommissar in der EU-Verwaltung vertreten sein soll. Bei der Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat ist Österreich offen, doch gibt es heikle politische Fragen, bei denen es weiterhin eine Einstimmigkeit geben sollte. Dazu gehört die Besteuerung von Kapitalerträgen, Bodennutzung, Wasserressourcen, die Wahl der Energieträger und Fragen der Asyl- und Einwanderungspolitik.²⁶

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu Paul Luif, Österreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/99*, Bonn 1999, S. 377–382.
- 2 Die Darstellung des Nationalratswahlkampfes folgt Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Franz Sommer, *Analyse der Nationalratswahl 1999*, Muster, Trends und Entscheidungsmotive, Zentrum für Angewandte Politikforschung, Wien 1999.
- 3 Nach dem Exit Poll von Fessel-GfK, Vercodung spontaner, ungestützter Nennungen, entnommen aus: Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Rechts-populistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ*, in: Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Franz Sommer (Hrsg.), *Das österreichische Wahlverhalten*, Signum, Wien 2000 (= Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 21), S. 226–241, hier S. 228–230.
- 4 Ein kurzer Abriss der Ereignisse bis zur Bildung einer neuen Regierung in Österreich findet im Archiv der Gegenwart, 2/2000, S. 44059–44065.
- 5 Die „Präambel“ wurde u.a. in englischer Sprache in einem ganzseitigen Inserat in der *International Herald Tribune*, 8.2.2000, S. 5, veröffentlicht.
- 6 Als ein Beispiel unter vielen sei die Berichterstattung im angesehenen *Le Monde* angeführt, wo etwa in Karikaturen im Zusammenhang mit der Regierungsbildung Österreicher oft mit Hakenkreuz-Symbolen dargestellt wurden.
- 7 Siehe als Hintergrundinformation: Wie es dazu kam: Schwedens Moral und Frankreichs Wahl, in: *Die Presse*, 19.6.2000 [Internet]. Es kann aber nicht, wie im Februar 2000 vielfach behauptet, von einer „Verschwörung“ des Bundespräsidenten bzw. der SPÖ gesprochen werden.
- 8 Die Maßnahmen wurden auf der Internet-Homepage der portugiesischen EU-Präsidentschaft (in englischer Sprache) veröffentlicht [<http://www.portugal.ue-2000.pt/uk/>]. Die deutsche Übersetzung ist entnommen aus: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2000, S. 374.
- 9 Diese Mitteilung wurde ebenfalls auf der Internet-Homepage der portugiesischen EU-Präsidentschaft veröffentlicht.
- 10 Fabrice Voogt, Louis Michel n'ira pas skier dans le Tyrol..., in: *Le Soir*, 3.2.2000 [Internet]. Später nahm er jedoch diese Aussage zurück und nannte sie „une maladresse voire une faute de goût“, in: Guy Daloze, *Pas de ghetto pour les Autrichiens. Le débat sur le*

- boycottage débouche sur des formules personalistes. *Regard-Chronique*, in: *La Libre Belgique*, 28.2.2000, S. 4.
- 11 Zur Durchführung dieser Boykottmaßnahmen und auch Kritik daran aus belgischer Sicht siehe Pascal Martin, *L'art et la science autrichiens, victimes collatérales*, in: *Le Soir*, 23.5.2000 [Internet].
 - 12 So ein (französischsprachiger) Taxifahrer aus Brüssel in einem Fernsehinterview im Lokalsender TV Brussel, ausgestrahlt am 4. und 5.3.2000. Eine österreichische Journalistin berichtete jedoch, dass dieser Boykott nicht wirklich umgesetzt wurde, siehe Doris Kraus, *Aus den Bekenntnissen eines Brüsseler Taxifahrers: „Verehre die Österreicherinnen“*, in: *Die Presse*, 18.3.2000 [Internet].
 - 13 Siehe die Zusammenstellung *Die schwarze Liste der Ungerechtigkeiten*, in: *Die Presse*, 4.4.2000 [Internet Archiv].
 - 14 *Normalisierung im Kongreßtourismus*, in: *Die Presse*, 20.6.2000 [Internet].
 - 15 *Maßnahmen, Absagen und Gemeinheiten*, in: *Der Standard*, 21.4.2000 [Internet Archiv].
 - 16 Geoff Winestock, *If Diplomacy Is Poker, Austria Knows How To Play the IMF Card. State Uses Nomination to Snag Bilateral Chat With Germany*, in: *The Wall Street Journal Europe*, 14.3.2000, S. 1/12.
 - 17 Angaben nach *Format*, Nr. 25, 19.6.2000, S. 9; OGM-Umfrage, Umfragezeitraum: 13/14.6.2000, N=500.
 - 18 Siehe *profil*, Nr. 23, 5.6.2000, S. 25, *market-Umfrage*, N=400.
 - 19 *Die Chronologie der EU-Sanktionen*, in: *Der Standard*, 28.6.2000, S. 2 [Internet].
 - 20 Vgl. etwa Louis Michel: „Je veux faire tomber l'actuel gouvernement autrichien, en tout humilité“, in: *Le Journal du mardi*, No. 40, 29.2.-6.3.2000, S. 4/5.
 - 21 Siehe *Der Aktionsplan zur Aufhebung der Sanktionen*, beschlossen von der österreichischen Bundesregierung am 5.5.2000 [Internet, www.austria.gv.at].
 - 22 Dies wurde jedoch von der portugiesischen Präsidentschaft verneint, die vergeblich versuchte, das Österreich-Thema vom Gipfel fernzuhalten; siehe *The European Union: One row settled, another festers*, in: *The Economist*, 24.6.2000 [Internet].
 - 23 *EU-Papier im Wortlaut*, in: *Der Standard*, 28.6.2000, S. 2 [Internet].
 - 24 Siehe den Text in der *Neuen Zürcher Zeitung*, 30.6.2000, Nr. 150, S. 2 [Internet].
 - 25 Wolfgang Böhm, *Österreich bleibt Budget-Sorgenkind der Währungsunion*, in: *Die Presse*, 20.1.2000 [Internet].
 - 26 Schlüssel: „Haben keine Bedingungen gestellt, Tür ist offen“, in: *Die Presse*, 17.6.2000 [Internet].

Weiterführende Literatur

- Karl Heinz Bohrer, *Die französische Herausforderung*. In Paris kann man die abwiegelnde Reaktion der deutschen Konservativen auf Haider nicht fassen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23.2.2000, S. 17 [Internet].
- Otmav Höll/Sonja Puntischer Riekmann (Hrsg.), *The Austrian Presidency of the European Union: Assessment and Perspectives*, Austrian Institute for Internationale Affairs, Laxenburg 1999, 77 Seiten (= *Arbeitspapiere/Working Papers*, No. 25).
- Laurence Hubert, *Jörg Haider: le successeur? L'idéologie du parti de la Liberté autrichien (FPÖ)*, Éditions Luc Pire, Bruxelles 2000, 111 Seiten (= *COMBA, Coordination et Mobilisation Belgique-Autriche*).
- Tony Judt, *Tale from the Vienna Woods*, in: *The New York Review of Books*, 23.1.2000, S. 8/9.
- Guy Konopicki, *Le jour où Haider...* Éditions du Rocher, Monaco 2000, 124 Seiten.
- Paul Luif/Karin Oberegelsbacher (Hrsg.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, Federal Academy of Public Administration, Vienna 1999, 238 Seiten.
- Anton Pelinka, *Österreich und Europa. Zur Isolierung eines Landes*, in: *Europäische Rundschau*, 28. Jg., 1/2000, S. 3–8.
- Alexander Schallenberg/Christoph Thun-Hohenstein, *Die EU-Präsidentschaft Österreichs. Eine umfassende Analyse und Dokumentation des zweiten Halbjahres 1998*, Manz, Wien 1999, 371 Seiten (= *Schriftenreihe des DDr. Herbert Batliner Europainstitutes*).
- Hans-Henning Scharsach (Hrsg.), *Haider. Österreich und die rechte Versuchung*, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg, April 2000, 285 Seiten (= *rororo aktuell 22933*).
- Andreas Unterberger, *Intoleranz und Heuchelei. Eine Antwort an Anton Pelinka und 14 europäische Regierungen*, in: *Europäische Rundschau*, 28. Jg., 2/2000, S. 21–33.